



26. Februar 2021

Mit diesen Hauptstadtinfos berichten die beiden nordhessischen Bundestagsabgeordneten für Waldeck-Frankenberg, Kassel-Land und Schwalm-Eder, Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin.

Inhalt:

- **Edgar Franke für praktischen Umgang mit Corona-Impfstoff**
- **Sozialschutzpaket III: Corona-Hilfen für besonders Betroffene**
- **Drittes Corona-Steuerhilfegesetz: Dreimal Entlastung**
- **Das Bargeld ist bestens geschützt**
- **Die Woche in erster Lesung**
- **Bilder der Woche**

Edgar Franke für praktischen Umgang mit Corona-Impfstoff

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Edgar Franke (Gudensberg), plädiert für einen praktischen Umgang mit dem Impfstoff von AstraZeneca, der auch in den hessischen Impfzentren derzeit nur schleppend genutzt wird.

„Wenn etwas übrig ist, darf man sich nicht sklavisch an der Priorisierung halten“, sagte Franke am Rande einer Sitzung in Berlin. Der Impfstoff müsse möglichst schnell und flächendeckend genutzt werden, daher müsse man an diese Frage mit gesundem Menschenverstand, also ggfs. einfach gleichzeitig die nächste Priorisierungsgruppe berücksichtigen, wie Lehrer und Erzieher, so der SPD-Politiker.



Nach Angaben des Robert Koch-Instituts wurden bis Dienstag nur rund 239 000 Dosen des Herstellers AstraZeneca gespritzt. Dem Gesundheitsministerium zufolge sind aber bereits mehr als 1,4 Millionen AstraZeneca-Dosen an die 16 Bundesländer geliefert. Für die kommende Woche kommen weitere 650.000 Dosen dazu.

Franke kritisierte zudem Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU). „Das ist mir inzwischen zu viel Ankündigung und zu wenig Substanz, vor allem ohne Perspektive, wie es weitergehen soll“, betonte der Gesundheitspolitiker mit Blick auf Spahns ursprünglichen Plänen, ab dem 1. März kostenlose Schnelltests für jedermann anzubieten. „Wenn ich etwas ankündige, muss ich vorher auch einen Plan haben, wie das tatsächlich funktionieren soll“, erklärte der nordhessische SPD-Politiker. Eine vollkommen nutzlose Corona-App, die späte, zögerliche Impfstoffbestellung, der jetzt fast 4 Monate andauernde, teilweise halbherzige Lockdown, die eher zögerliche Digitalisierung in den Gesundheitsämtern und Schulen und vor allem der unzureichende Schutz unserer verwundbarsten Bürger in den Alten- und Pflegeheimen, all das kritisiert der nordhessische SPD-Politiker.

Die Infektionszahlen steigen wieder, die von Gesundheitsminister Spahn bereits angekündigten Schnelltest kommen später. Sie sind noch nicht zugelassen, weil möglicherweise falsche Ergebnisse geliefert würden oder Nutzer fälschlicherweise in Sicherheit wiegen könnten. „Diese Argumentation hatten wir vor Monaten auch bei den Masken“, wundert sich der Gesundheitspolitiker.

„Trotzdem sind in dieser Woche viele Schulen und Kitas auch in Nordhessen geöffnet worden. Ohne Kinder, Lehrer und Betreuer durch umfassende Schnelltest abzusichern, wie das in anderen europäischen Ländern gemacht wird“, bemängelt er.

Die Bundesregierung und die Landesregierungen dürfen jetzt nicht länger Zaudern und versuchen die Lage auszusitzen. „Wir brauchen einen konkreten Plan für die kommenden Wochen und Monate. Die Menschen brauchen endlich Orientierung“, fordert der SPD-Politiker. „Sie wollen wieder in die Kneipen und Restaurants, ins Fitnessstudio oder in das Fußballstadion“, so Edgar Franke abschließend.

Sozialschutzpaket III: Corona-Hilfen für besonders Betroffene

Auch Menschen, die ihren Lebensunterhalt bisher aus eigener Kraft sichern konnten, sind wegen der Corona-Pandemie plötzlich auf Leistungen der Grundsicherung angewiesen.

Weil die Pandemie uns noch eine Weile begleitet, haben wir den vereinfachten Zugang zur Grundsicherung bis zum 31. Dezember 2021 zu verlängert. Hinzu kommt ein einmaliger Corona-Zuschuss in Höhe von 150 Euro für erwachsene Grundsicherungsempfänger, der zur Bewältigung unvorhergesehener zusätzlicher Kosten dient (z.B. Anschaffung von Masken im Rahmen der FFP2-Maskenpflicht oder Verpflegung von schulpflichtigen Kindern, die andernfalls kostenlos in der Schule hätten essen können).



Drittes Corona-Steuerhilfegesetz: Dreimal Entlastung

Um den Bürgerinnen und Bürgern in zumindest in ihren finanziellen Belastungen beizustehen, haben wir in diesem Gesetz drei Maßnahmen beschlossen.

- Auch in diesem Jahr wird es wieder einen Kinderbonus für jedes Kind in Höhe von 150 Euro geben (siehe Bild Seite 3).
- Der ermäßigte Umsatzsteuersatz von 7 Prozent (anstatt 19 Prozent) für Speisen und Getränke, die in Cafés, Restaurants und anderen Gaststätten verzehrt werden, wird bis zum 31. Dezember 2022 verlängert.
- Der mögliche steuerliche Verlustrücktrag für Unternehmen wird für die Jahre 2020 und 2021 von 10 auf 20 Millionen Euro verdoppelt.

Das Bargeld ist bestens geschützt

Niemand will das Bargeld verbieten, stellte Esther Dilcher in Richtung der AfD-Fraktion fest. Entsprechende Szenarien seien wirklichkeitsfern und würden auch nicht in den entsprechenden finanzpolitischen Gremien erwogen.

Deswegen sei es sowohl unnötig als auch grob irreführend, wenn die AfD-Fraktion fordert, den Schutz des Bargelds aus Angst vor einer bevorstehenden Abschaffung explizit in das Grundgesetz aufzunehmen.

Bereits jetzt sind laut Gesetz auf Euro lautende Banknoten das einzige *unbeschränkte* gesetzliche Zahlungsmittel: Selbst einen Immobilienkauf kann man bar abwickeln, wenngleich es nicht besonders praktisch ist. „Wir Sozialdemokraten wissen:

Bargeld ist das beliebteste Zahlungsmittel. Und das wird mit uns auch so bleiben!“, machte Esther Dilcher am Ende ihrer Rede noch einmal klar.



Diese Woche in erster Lesung



Zweites Führungspositionengesetz:

Noch immer sind Vorstandsposten in Deutschland überwiegend in Männerhand.

Bei den 105 börsennotierten und zugleich paritätisch mitbestimmten Unternehmen beträgt der Frauenanteil in den Vorständen nur 11,5 Prozent. In Zukunft müssen sie mindestens eine Frau in den Vorstand berufen, wenn er mehr als dreiköpfig und rein männlich besetzt ist. Das sollte eine Selbstverständlichkeit sein, ist es aber noch nicht.

Gesetz für faire Verbraucherverträge:

Um Verbraucherinnen und Verbraucher besser zu schützen, wollen wir telefonisch aufgedrängte Verträge verhindern.

Einerseits müssen Strom- und Gasverträge in Zukunft in Textform geschlossen werden. Andererseits müssen Anbieter dokumentieren, dass sie eine explizite Einwilligung für Werbeanrufe erhalten haben.



Mehr Qualität im Gesundheitswesen

In der Corona-Pandemie zeigt sich mehr denn je, wie wichtig ein robustes Gesundheitssystem ist. Damit PatientInnen und Versicherte auch in Zukunft bestmöglich versorgt werden, hat die Bundesregierung einen Gesetzentwurf auf den Weg gebracht, der in dieser Woche in erster Lesung beraten wurde.

Der Entwurf sieht unter anderem vor, durch so genannte Qualitätsverträge zwischen Krankenkassen und Krankenhausträgern Anreize für eine bessere Qualität von Leistungen wie bspw. Operationen zu schaffen.

Klinische Sektionen leisten einen wichtigen Beitrag zur Erforschung von Todesursachen und können dadurch Leben retten.

Damit mehr Obduktionen in Deutschland durchgeführt werden, erhalten Krankenhäuser in Zukunft einen angemessenen Zuschlag.

Auch Menschen mit unheilbaren Erkrankungen werden unterstützt: Krankenkassen sollen unter bestimmten Voraussetzungen Zuschüsse zahlen und sich gemeinsam mit kommunalen Trägern der Daseinsvorsorge am Aufbau und der Förderung von bedarfsgerechten, regionalen Hospiz- und Palliativnetzwerken beteiligen.

Des Weiteren sieht der Entwurf bei bestimmten Behandlungen einen Anspruch für Versicherte auf eine strukturierte und qualitätsgesicherte Zweitmeinung vor.



Und auch die Stellung von PatientInnen bei Behandlungsfehlern wird verbessert: Der Abschluss einer Berufshaftpflichtversicherung für Vertragsärztinnen und Vertragsärzte wird im SGB V verpflichtend geregelt.

Bilder der Woche

Franke bei Workshop des Bundesfamilienministeriums: „Betroffene von Terror brauchen unkomplizierte Lösungen“

In seiner Funktion als Bundesopferbeauftragter berichtete Edgar Franke bei einem Workshop des Bundesfamilienministeriums von seinen Erfahrungen nach den rechtsextremen Anschlägen in Halle und Hanau.

Der Nordhesse war nach beiden Taten vor Ort. Besonders wichtig sei es ihm gewesen, den Betroffenen schnell und unbürokratisch zu helfen. „Wer Opfer eines Anschlags wird, braucht die bestmögliche Unterstützung. Dafür müssen sich die Zivilgesellschaft und die staatlichen Akteure eng abstimmen“, so Franke.

In Hanau habe er Betroffene beispielsweise immer mit einem Mitglied des Ausländerbeirats mit demselben kulturellen Hintergrund besucht. Das sei sehr hilfreich gewesen, um unkomplizierte Lösungen zu finden. Neben Edgar Franke nahmen auch Vertreter der zuständigen Opferberatungsstellen für Halle und Hanau und der ehemalige Opferbeauftragte der Stadt Hanau, Robert Erkan, als Referenten teil.



Treffen am Nationalparkbahnhof in Vöhl-Herzhausen



Die Reaktivierung der Bahnstrecke war ein Herzensprojekt der SPD Waldeck-Frankenberg und des Landrates. Auf dem Bild von links: Der für Verkehrspolitik zuständige stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende und MdB, Sören Bartol, SPD-Kreisvorsitzender Hendrik Sommer, MdL Daniela Sommer, MdB Edgar Franke und Landrat Reinhard Kubat.



Digitale Gesprächsrunde mit Hubertus Heil

„Auswirkungen der Corona-Krise auf die Kommunen“ lautete das Thema der digitalen Gesprächsrunde mit Bundesarbeitsminister Hubertus Heil, zu welcher Esther Dilcher am 17. Februar die Bürger-

meisterinnen und Bürgermeister sowie die Genossinnen und Genossen ihres Wahlkreises eingeladen hatte. In einem waren sich alle einig: Wir können uns keinen schwachen Staat leisten.

Ehrenamtsmodernisierung und Steuerrecht

Über 50 Vereine sind am 23. Februar Esther Dilchers Einladung zu einer digitalen Konferenz gefolgt, bei welcher die Abgeordnete zunächst die wichtigsten Änderungen des Jahressteuergesetzes 2020 für die Arbeit der Vereine vorstellte. Besonders hervorzuheben sind die Anhebung der Übungsleiterpauschale von 2.400 auf 3.000 Euro, der Ehrenamtspauschale von 720 auf 840 Euro im Jahr und des vereinfachten



Zuwendungsnachweises für Spenden und Mitgliedsbeiträge von 200 auf 300 Euro. Außerdem wurde auch die Freigrenze für umsatzsteuerfreie wirtschaftliche Tätigkeiten von 35.000 auf 45.000 Euro angehoben und die starre gesetzliche Zeitvorgabe für die Mittelverwendung bei Vereinen mit Einnahmen von weniger als 45.000 Euro im Jahr aufgehoben. Im Anschluss gab es nicht nur Raum für fachliche Nachfragen, sondern auch für eine ausführliche gemeinsame Diskussion darüber, wie man die Bedingungen der ehrenamtlichen Tätigkeit gesetzgeberisch verbessern könnte.

Eine Zusammenfassung der Veranstaltung erhalten Sie bei Interesse per E-Mail an esther.dilcher.wk@bundestag.de.

SPD Waldeck-Frankenberg vor Ort am wunderschönen Edersee bei strahlendem Sonnenschein

Die Edertalsperre mit Aquapark, der Nationalpark oder der Wassersport sind gerade nach der hoffentlich bald überstandenen Pandemie die touristischen Highlights in unserer Region. Wir als SPD wollen die vielfältigen Angebote der Gastronomie, den Kletterwald, das Nationalparkzentrum oder der Waldecker Bergbahn bis hin zum Wildpark noch bekannter machen. Wir wollen den Tourismus, die staatliche Wasserbewirtschaftung, und die Nachhaltigkeit weiter im Einklang bringen und halten.

So erreichen Sie uns:

Esther Dilcher, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-75113
esther.dilcher@bundestag.de

Wahlkreisbüro:

Briloner Landstr. 27
34497 Korbach
Tel.: 05631-974712
www.estherdilcher.de

Wahlkreisbüro:

Bahnhofstraße 26
34369 Hofgeismar
Tel.: 05671-5099398

Dr. Edgar Franke, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-73319
edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros:

Bahnhofstr. 36c
34582 Borken
Tel.: 05682-739729

Obermarkt 5

35066 Frankenberg
Telefon 06451 717950
www.edgarfranke.de



Von links im Bild: Die Landtagsabgeordnete Dr. Daniela Sommer, SPD-Kreisvorsitzender Dr. Hendrik Sommer, Landrat Dr. Reinhard Kubat, der örtliche MdB für Schwalm-Eder und Frankenberg, Dr. Edgar Franke, MdB-Mitarbeiterin Petra Henkel und der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Sören Bartol.

Eine Information der Bundestagsabgeordneten Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke. Die Infos sind bewusst kurz gehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

Bilder: Seite 1 Edgar Franke, Seite 2 Tino Basoukos, Seite 3 Sharepic der SPD Bundestagsfraktion, Seite 4 Screenshot www.bundestag.de, Seite 5 oben Sharepic der SPD Bundestagsfraktion, unten Image by [TheDigitalWay](#) from [Pixabay](#), Seite 6 Image by [truthseeker08](#) from [Pixabay](#), Seite 7 Bilder Edgar Franke, Seite 8 Sharepics Esther Dilcher.

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.